

Entwurf Dienstleistungsvertrag Los 2

Dieser Entwurf beschreibt die von den Bietern zu berücksichtigenden Mindestbedingungen.

Der Ilm-Kreis

- nachstehend "Auftraggeber" genannt -

und

die/der XXX

- nachstehend "Auftragnehmer" genannt -

schließen folgenden

Vertrag über die Verwertung von Altpapier

§ 1

Gegenstand des Vertrags

1. Der Auftragnehmer übernimmt als beauftragter Dritter im Sinne des § 22 KrWG für den Auftraggeber die Durchführung folgender Leistungen:
 - Gestellung einer Übernahmestelle am Standort ... *[Hinweis: wird bei Vertragsabschluss ergänzt],*
 - die Übernahme von kommunalen Altpapier (50% der Menge) bestehend aus Papier, Pappe und Kartonagen (kurz: PPK) sowie zusätzlich Übernahme des Systemanteils am Altpapier (ggf. anteilig) für den Fall, der von den Systemen beauftragten Mitverwertung am Standort der Übernahmestelle,
 - erforderlichenfalls Transport des übernommenen Altpapiers zur Verwertungsanlage.

- die Verwertung des übernommenen Altpapiers.
2. Grundlage für die Leistungserbringung sind die Bestimmungen dieses Vertrags, die Leistungsbeschreibung, das Angebot des Auftragnehmers vom TT.MM.JJJJ [Hinweis: wird bei Vertragsabschluss ergänzt] sowie der Leitfaden entsprechend den Vergabeunterlagen [und der/den allgemeinen Bieterinformation(en) sowie den Ergänzungen und Aufklärungen zum Angebot]. Ergänzend gelten die Bestimmungen der VOL/B in der Fassung vom 05. August 2003 sowie die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die des BGB. Für den Fall von Widersprüchen gelten nacheinander dieser Vertrag, die Leistungsbeschreibung einschließlich Anhänge, das Angebot einschließlich Anhänge und im Übrigen § 1 Nr. 2 lit. b) bis lit. f) VOL/B.

§ 2

Rechte und Pflichten des Auftragnehmers

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sämtliche zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen Maßnahmen durchzuführen bzw. die Durchführung zu gewährleisten. Die erforderlichen Maßnahmen ergeben sich aus diesem Vertrag, der Leistungsbeschreibung und dem Angebot. Die Anforderungen aus den nachfolgenden Absätzen gelten auch für die Leistungserbringung durch Unterauftragnehmer.
2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die technischen Voraussetzungen für die Leistungserbringung zu schaffen und die erforderlichen technischen Einrichtungen zu stellen. Der Auftragnehmer hat ferner das für die Leistungserbringung erforderliche sach- und fachkundige Personal zu stellen und fachlich zu schulen.
3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Tätigkeit so zu gestalten, dass eine den vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Leistungserbringung und eine möglichst umgehende Mängelbeseitigung möglich sind.
4. Um eine fortlaufende Qualitätssicherung der Entsorgungsdienstleistungen zu gewährleisten, ist der Auftragnehmer verpflichtet, sich Qualitätssicherungsverfahren im Sinne der Entsorgungsfachbetriebsverordnung für die im Rahmen der Eignungsprüfung genannten Abfallarten, Tätigkeiten und Standorte zu unterziehen und die Zertifizierung regelmäßig - entsprechend der diesbezüglichen Vorgaben - zu wiederholen bzw. aufrecht zu erhalten.

Vom Auftragnehmer ist sicherzustellen und auf Anforderung des Auftraggebers nachzuweisen, dass die im Rahmen der Eignungsprüfung genannten Zertifizierungen nach der Entsorgungsfachbetriebsverordnung für die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe noch nicht zertifizierten Standorte bis spätestens 3 Monate nach Leistungsbeginn erteilt sind und vorliegen.

5. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen eine Besichtigung der Übernahmestelle während der Geschäftszeiten zu ermöglichen. Der Auftraggeber ist nach Anmeldung am vorherigen Werktag zum Betreten der Anlage berechtigt.
6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zu einer korrekten Abrechnung der zum Leistungsgegenstand gehörenden Mengen gegenüber dem Auftraggeber.
7. Die Durchführung der Leistung gemäß § 1 Abs. 1 sowie weitergehende Pflichten des Auftragnehmers sind in der Leistungsbeschreibung geregelt, die vollumfänglich Inhalt des Vertrages ist.
8. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Bestimmungen des Thüringer Vergabegesetzes und die daraus resultierenden Anforderungen und Verpflichtungen einzuhalten.

Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer, seinen Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens Arbeitsbedingungen zu gewähren, welche sich, wenn die ausgeschriebene Leistung im sachlichen und räumlichen Anwendungsbereich eines nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages oder eines Tarifvertrages, dessen Geltung durch Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstreckt wurde, aus dem Tarifvertrag ergeben. Satz 1 gilt entsprechend für Beiträge an eine gemeinsame Einrichtung der Tarifvertragsparteien im Sinne des § 5 S. 1 Nr. 3 AEntG sowie für andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte.

Der Auftragnehmer ist darüber hinaus verpflichtet, bei der Auftragsdurchführung seinen Arbeitnehmern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu zahlen.

§ 3

Rechte und Pflichten des Auftraggebers

1. Der Auftraggeber ist berechtigt, die dem Auftragnehmer übertragenen Aufgaben zu überwachen und notwendige Anordnungen zu treffen. Der Auftraggeber benennt spätestens nach Vertragsschluss einen festen Ansprechpartner sowie einen weiteren Ansprechpartner für alle Belange der Leistungsdurchführung.
2. Der Auftraggeber verpflichtet sich, dem Auftragnehmer das in seinem Auftrag gesammelte Altpapier im Sinne des § 1 Abs. 1 zu 50% (mit einer zulässigen Schwankungsbreite von +/-10 % bezogen auf die vorgesehene Losmenge) sowie den Systemanteil, sofern die Systeme gemäß Verpackungsgesetz nicht selbst Anspruch erheben, zu überlassen. Der Auftraggeber garantiert dem Auftragnehmer darüber hinaus keine Mindest- oder Höchstmengen oder eine bestimmte Qualität des Altpapiers.
3. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der Bestimmungen des § 2 Abs. 8 und des § 4 Abs. 5 zu überprüfen und dabei insbesondere Einsicht in die Entgeltabrechnungen, die die zur Erfüllung der vertragsgegenständlichen Leistung eingesetzten Beschäftigten des Auftragnehmers und des Nachunternehmers betreffen, in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie in die zwischen dem Auftragnehmer und seinen Nachunternehmern abgeschlossenen Verträge zu nehmen. Der Auftragnehmer und seine Nachunternehmer haben vollständige und prüffähige Unterlagen nach Satz 1 über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten.

Dem Auftraggeber oder einer vom Auftraggeber bestimmten Wirtschaftsprüfungs- oder Beratungsgesellschaft sind vom Auftragnehmer alle notwendigen Auskünfte zu erteilen und Zugang zu allen in diesem Zusammenhang relevanten Daten und Informationen zu gewähren sowie auf Verlangen, Kopien/Ausdrucke der Daten und Informationen zu überlassen um die Einhaltung der Bestimmungen des § 2 Abs. 8 und des § 4 Abs. 5 dieses Vertrages zu überprüfen. Wird im Rahmen der Überprüfung eine Pflichtverletzung festgestellt, trägt der Auftragnehmer die Kosten der Überprüfung.

Die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018,

S. 2) in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229) jeweils in der jeweils geltenden Fassung sind im Umgang mit personenbezogenen Daten zu beachten. Der Auftragnehmer hat seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.

4. Für den Fall des Einsatzes von Unterauftragnehmer hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass die Rechte des Auftraggebers aus den vorstehenden Absätzen auch bei der Leistungserbringung durch den Unterauftragnehmer diesem gegenüber bestehen.

§ 4

Erteilung von Unteraufträgen an Dritte

1. Der Auftragnehmer hat bei der Vergabe von Unteraufträgen die Regeln über die Berücksichtigung mittelständischer Interessen (§ 97 Abs. 4 GWB) einzuhalten. Er ist insbesondere verpflichtet:
 1. bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen zu beteiligen, soweit es mit der vertragsgemäßen Ausführung des Auftrags zu vereinbaren ist,
 2. Nachunternehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt,
 3. den Nachunternehmern keine, insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber vereinbart sind.
 4. Leistungen in der Menge aufgeteilt und getrennt nach Art oder Fachgebiet zu vergeben. Mehrere Teil- oder Fachlose dürfen zusammen vergeben werden, wenn wirtschaftliche oder technische Gründe dies erfordern.
 5. bei der Weitergabe von Dienstleistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B) zum Vertragsbestandteil zu machen.
2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, spätestens bei Beginn der Auftragsausführung die Namen, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter seiner Unterauftragnehmer und jede im Rahmen der Auftragsausführung eintretende Änderung auf der Ebene der Unterauftragnehmer dem Auftraggeber mitzuteilen.

3. Der Auftragnehmer darf sich nur mit vorheriger, schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers anderer Unterauftragnehmer als der, die er bereits im Rahmen des Vergabeverfahrens benannt hat, bedienen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber vor der Unterbeauftragung Art und Leistungen sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft des zusätzlichen Unterauftragnehmers schriftlich bekannt zu geben. Der Auftraggeber macht die Zustimmung zur nachträglichen Einschaltung von Unterauftragnehmern von einer vorherigen Eignungsprüfung abhängig und verlangt hierzu die Vorlage entsprechender Nachweise. Es gelten §§ 7 Abs. 3, 10 ThürVgG.
4. Der Auftragnehmer haftet für die Einhaltung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag auch für den Unterauftragnehmer und dessen Personal im vollen Umfang, ungeachtet etwaiger Regelungen im Unterbeauftragungsvertrag.
5. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Unterauftragnehmern vertraglich die Einhaltung der für den Auftragnehmer gem. § 2 Abs. 8 und § 3 Abs. 3 geltenden Pflichten aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch den Unterauftragnehmer zu überwachen. Dem Auftraggeber ist dabei durch den Auftragnehmer gegenüber dem Unterauftragnehmer das Recht einzuräumen, Einsicht in die Entgeltabrechnungen, Unterlagen und Verträge des Nachunternehmers im Sinne des § 3 Abs. 3 zu nehmen.
6. Die vorgenannten Bestimmungen gelten für die Beauftragung eines Unterauftragnehmers durch den Unterauftragnehmer entsprechend. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Einhaltung der Absätze 1 bis 5 auch durch den Unterauftragnehmer sicherzustellen.

§ 5

Verkehrssicherungspflicht, Haftung

1. Die Verkehrssicherungspflicht und das Eigentum gehen mit der Übernahme der Abfälle auf den Auftragnehmer über.
2. Die Haftung richtet sich, soweit in den Absätzen 3 bis 5 nichts anderes bestimmt ist, nach den gesetzlichen Bestimmungen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zum Abschluss einer Betriebs- und einer Umwelthaftpflichtversicherung mit Deckungssummen pro Schadensfall in jeweils mindestens folgender Höhe:

Vermögensschäden: 1,0 Mio. €

Personen- und Sachschäden: 2,5 Mio. €

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die vorgenannten Versicherungen für die Laufzeit dieses Vertrages aufrechtzuerhalten. Die Haftpflichtversicherungen sind dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

3. Wird der Auftraggeber von Dritten wegen Schäden, die bei der Vertragserfüllung vom Auftragnehmer verursacht worden waren, erfolgreich in Anspruch genommen, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber freizustellen.
4. Der Auftragnehmer haftet nicht für Eingriffe in die regelmäßige Arbeitsleistung durch höhere Gewalt wie insbesondere Krieg, kriegsähnliche Ereignisse, Pandemien und Naturkatastrophen.
5. Führt der Auftragnehmer aus einem Grund, den er zu vertreten hat, die Leistung ganz oder teilweise nicht durch, kann der Auftraggeber nach erfolglosem Ablauf einer von ihm gesetzten Nachfrist die Leistungen in eigener Regie oder von Dritten ausführen lassen. Die hierbei entstehenden Kosten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber zu erstatten.

§ 6

Leistungsentgelte, Vergütung und Preisanpassung

[Hinweis: Diesbezügliche Regelungen werden im endgültigen Vertrag auf der Grundlage des Angebots des Auftragnehmers (gemäß den Anhängen 1 und 2 zum Angebot) formuliert]

§ 7

Abrechnung

1. Die Abrechnung der Entgelte/Vergütung erfolgt monatlich bis zum Ende des laufenden Monats rückwirkend für den Vormonat (=Abrechnungsmonat). Die Abrechnung ist entsprechend der Entgelt- und Vergütungsstruktur des

Angebots zu gliedern. Die Abrechnung der Vergütung hat in einer separaten Gutschrift zu erfolgen.

2. Der Auftraggeber ist berechtigt, mit etwaigen Gegenforderungen gegenüber dem Auftragnehmer aufzurechnen. Der Auftragnehmer kann nur mit vom Auftraggeber anerkannten oder rechtskräftigen Forderungen aufrechnen.
3. Zahlungen werden spätestens 14 Tage nach Eingang der prüffähigen Abrechnung bargeldlos geleistet. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Hingabe oder Absendung des Auftrags an die Post oder das Geldinstitut.

§ 8

Sicherheiten, Bürgschaft

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Erfüllung der Leistungen nach diesem Vertrag entsprechende Sicherheiten i. S. von § 18 VOL/B, nach Maßgabe der folgenden Absätze, zu leisten. Sie erstrecken sich auf die vertragsgemäße Ausführung aller Leistungen einschließlich Abrechnung, Gewährleistung und Schadensersatz sowie auf die Erstattung von Überzahlungen.
2. Der Auftragnehmer hat als Sicherheit eine Bürgschaft von einem in der Europäischen Gemeinschaft zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer binnen einer Frist von 15 Tagen nach Vertragsschluss zu stellen. Die Höhe der Bürgschaft beträgt € 50.000,--.
3. Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag in einer Urkunde zu stellen. Die Bürgschaftsurkunde hat folgende Erklärung des Bürgen zu enthalten:
 - der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht,
 - auf die Einrede der Anfechtung und der Aufrechnung sowie der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB wird verzichtet,

- die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe der Bürgschaftsurkunde.

Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit erfasst jedoch nicht die Fälle, in denen die Gegenforderung rechtskräftig festgestellt oder unbestritten ist.

4. Die Urkunde über die Bürgschaft wird nach Beendigung des Vertragsverhältnisses entsprechend dem völligen oder teilweisen Wegfall des Sicherungszweckes unverzüglich zurückgegeben.

§ 9

Vertragsstrafen

1. Nachfolgend sind strafbewehrte Pflichtverletzungen aufgeführt:

Nr.	Pflichtverletzung	Höhe der Vertragsstrafe
1	Nichtzertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb im Vertragszeitraum gemäß den Vorgaben	1.000 € pro angefangenem Monat, höchstens 10.000 € pro Jahr
2	Nichterteilung der nach § 3 Abs. 3 dieses Vertrags erforderlichen Auskünfte oder Nichtgewährung des Zugangs zu allen nach § 3 Abs. 3 dieses Vertrags relevanten Daten und Informationen	bis zu 1.000 € pro Woche, höchstens 10.000 € pro Jahr
3	Beteiligung an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung i. S. d. GWB in Bezug auf die Vergabe	bis zu 3% derjenigen Netto-Auftragssumme*, welche der Auftraggeber bis zu dem Zeitpunkt des Nachweises dieser Beteiligung bereits an den Auftragnehmer als Entgelt gezahlt hat. Mindestens jedoch 10.000 €

4	Verletzung der Pflicht zur Schaffung und zum Nachweis eines ausreichenden Versicherungsschutzes und der damit in Verbindung stehenden Mitteilungspflicht	bis zu 5.000 € pro Einzelfall
5	Beauftragung von Unterauftragnehmern mit der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen ohne die erforderliche Zustimmung des Auftraggebers gem. § 4 Abs. 3 dieses Vertrages	bis zu 5.000 € pro Einzelfall
6	Nichteinhaltung der Vorgaben zu den Mindestannahmezeiten der Übergabestelle	Pro h: 50 €, höchstens 1.000 € pro Monat
7	Verstoß gegen die Bestimmungen des Thüringer Vergabegesetzes und die daraus resultierenden Anforderungen und Verpflichtungen, insb. Verstoß gegen die Verpflichtung zur Beachtung der Tariftreue und Entgeltgleichheit gemäß § 2 Abs. 8 bzw. den Vorgaben des ThürVgG	bis zu 5.000 € pro Einzelfall und Jahr

* Bei dem monatlichen Netto-Auftragswert handelt es sich um den Betrag, der dem Auftragnehmer gemäß der monatlichen Abrechnung jeweils netto gutzuschreiben ist.

2. Begeht der Auftragnehmer eine oder mehrere vorstehende Pflichtverletzungen, ist der Auftraggeber berechtigt, jeweils eine Vertragsstrafe in der dort genannten Höhe zu verlangen, es sei denn der Auftragnehmer hat die Erfüllung der jeweiligen Pflichtverletzung nicht zu vertreten. Ausgeschlossen sind Fälle höherer Gewalt. Weiter gilt:

Für die Vertragsstrafen nach Absatz 1 Nr. 1, 2, 4 und 6 gilt dies nur, wenn der Auftragnehmer der jeweiligen Pflichtverletzung nicht innerhalb einer angemessenen Frist, die der Auftraggeber ihm gesetzt hat, vollständig Abhilfe schafft.

3. Die Summe der jährlichen Vertragsstrafen nach Absatz 1 ist insgesamt auf 5 % der jährlichen Netto-Auftragssumme begrenzt.
4. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung der Vertragsstrafe auch dann verpflichtet, wenn der Verstoß von einem durch ihn eingesetzten Unterauftragnehmer begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß weder kannte noch kennen musste.
5. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
6. Ergänzend finden die §§ 339 bis 345 BGB Anwendung.

§ 10

Geheimhaltung

Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, auch über den Zeitraum des Vertragsverhältnisses hinaus, die vom anderen Vertragspartner schriftlich oder mündlich erhaltenen vertraulichen Informationen und Kenntnisse wie eigene Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und nur für Vertragszwecke zu benutzen. Jeder Vertragspartner ist jedoch berechtigt, in Bezug auf das Vertragsverhältnis externe Prüfer oder Berater einzubeziehen, sofern hierbei die Geheimhaltung gewährleistet ist.

§ 11

Laufzeit des Vertrags und Kündigung

1. Die Vertragslaufzeit beginnt am 1. Januar 2027 und endet am 31. Dezember 2027.

Der Vertrag verlängert sich um ein weiteres Jahr (bis zum 31. Dezember 2028), wenn er nicht durch den Auftraggeber mit einer Frist von 6 Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.

Der Vertrag verlängert sich darüber hinaus jeweils um ein weiteres Jahr (max. jedoch bis zum 31. Dezember 2031), wenn er nicht durch einen der

Vertragspartner mit einer Frist von 12 Monaten zum jeweiligen Vertragsende gekündigt wird.

2. Maßgeblich für die fristgemäße Kündigung ist der Zugang beim jeweils anderen Vertragspartner.
3. Eine fristlose Kündigung ist aus wichtigem Grund möglich. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
 - der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen trotz zweimaliger schriftlicher Abmahnung nicht nachkommt;
 - der Auftragnehmer wiederholt gegen die Bestimmungen des § 2 Abs. 6 verstößt;
 - der Auftragnehmer einen Insolvenzantrag gestellt hat, über das Vermögen des Auftragnehmers das gerichtliche Insolvenzverfahren eröffnet oder das Insolvenzverfahren mangels Masse nicht eröffnet wird;
 - der jeweils andere Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Vertrag trotz zweimaliger schriftlicher Abmahnung nicht nachkommt;
 - der Auftragnehmer oder dessen Unterauftragnehmer schuldhaft die Pflichten nach § 2 Abs. 8 sowie § 4 Abs. 5 nicht erfüllt;
4. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 12

Schlussbestimmungen

1. Alle Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung dieser Schriftformklausel.
2. Sollten einzelne Vertragsbestimmungen rechtsunwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhalts nicht berührt. Die weggefallene Bestimmung ist durch eine Regelung zu ersetzen, die dem Zweck der weggefallenen Bestimmung am nächsten kommt.

3. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Arnstadt.

§ 13

Loyalitätsklausel

Bei Abschluss dieses Vertrags können nicht alle Möglichkeiten, die sich aus der künftigen Entwicklung, aus Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen oder aus sonstigen für das Vertragsverhältnis wesentlichen Umständen ergeben können, vorausgesehen und geregelt werden. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität zu gelten haben. Sie sichern sich gegenseitig zu, die Vertragsvereinbarungen in diesem Sinne zu erfüllen und ggf. künftigen Änderungen der Verhältnisse unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.

Arnstadt, den

.....
(Auftraggeber)

.....
(Auftragnehmer)